

Einer gegen alle 2
Kandidaten zur Wahl

Eine neue soziale Idee 3
Mit Andreas Wehr im Gespräch

Wählen Sie Links!

Beide Stimmen für Liste 4, *Linkspartei.PDS* - die Liste mit dem anderen Ansatz

Wahlaufruf der Bezirksvorstände der *Linkspartei.PDS* und der Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) - Reinickendorf

Wir sind nun in der „heißen“ Phase des Wahlkampfes. Wir nehmen die politische Herausforderung der vorgezogenen Bundestagswahlen an und rufen alle Reinickendorferinnen und Reinickendorfer auf, am 18. September die Demokratie zu stärken und eine starke linke Kraft für Arbeit und soziale Gerechtigkeit in den Bundestag zu wählen.

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, bei der Bundestagswahl 2005 mit beiden Stimmen die *Linkspartei.PDS* zu wählen!

Wir hören immer wieder von Menschen auf der Straße: Endlich gibt es eine wählbare Alternative zu dem politischen Einheitsbrei - egal ob nun rot/grün oder wahrscheinlich schwarz/ gelb.

Die Bezirksverbände der *Linkspartei.PDS* und der WASG in Reinickendorf führen gemeinsam einen

engagierten Wahlkampf gegen unsoziale, neoliberale Politik. Wir werden dabei weiterhin fair und solidarisch miteinander umgehen und damit ein Zeichen setzen, dass es trotz politischer Unterschiede im Detail möglich ist, gemeinsam für eine starke soziale Opposition im Bundestag zu streiten.

Linkspartei.PDS und WASG werden im gemeinsamen Wahlkampf und danach im Deutschen Bundestag beweisen: Es gibt Alternativen, und sie sind machbar und bezahlbar!

Nehmen Sie uns beim Wort - besuchen uns an einem der nächsten Infostände oder kommen Sie in unsere Geschäftsstelle in Tegel. Wir, und natürlich unser Direktkandidat in Reinickendorf, Andreas Wehr, stehen ihnen gerne Rede und Antwort.

Klaus Rathmann, Linkspartei.PDS
Peter Weigt, WASG



Links kommt

BürgerTalk auf dem „Roten Sofa“, Eine Aktion der *PDS-Jugend Berlin-Brandenburg*, am Sonnabend, **10. September**, 11 Uhr, Gorkistraße, Fußgängerzone

Abschlußveranstaltung mit Gregor Gysi, Oskar Lafontaine, Bodo Ramelow, Klaus Ernst, Lothar Bisky, Petra Pau, Gesine Löttsch, Stefan Liebich am Freitag, **16. September**, 16-18 Uhr, Berlin-Mitte, Schloßplatz

Wahlkampfabschluß der *Linkspartei.PDS* Reinickendorf mit Andreas Wehr am Sonnabend, **17. September**, ab 14 Uhr beim Hoffest, Roter Laden, Schloßstraße 22, Tegel
Wahlparty im Roten Laden, Sonntag, **18. Sept.**, 18 Uhr

Das große Chaos blieb aus

Schuljahresbeginn in Reinickendorf / Viel Kritik an Stadtrat Wegner (CDU) wegen Verzug bei Umbauten

Die Reformen des rot-roten Senats in den Bereichen Kita und Schule zum Schuljahresbeginn 2005/2006 verlangten von den Bezirken viel Arbeit in kurzer Zeit: Die Einrichtung von offenen und gebundenen Ganztagschulen, das Konzept „Hort an Schulen“, das vorgezogene Einschulungsalter, nicht zuletzt die Übertragung von Kitas an freie Träger. Ob dies alles in Reinickendorf gelungen sei, war Thema der letzten BVV.

Für 558 mehr Erstklässler als 2004 konnte eine regionale Einschulung nicht immer realisiert werden, so

musste teilweise das Los entschieden, wer wo zur Schule gehen darf. Trotz der bezirklichen „Schulplatz-Tausch-Börse“ gab es zwar mehr Widersprüche als im Vorjahr - aber immerhin keine Klageverfahren.

3000 Betreuungsverträge im Hortbereich wurden zum 1. August abgeschlossen, es fehle an einigen Stellen aber noch Mobiliar. Die

Essensversorgung sei aber gewährleistet, das Engagement der Mitarbeiter/innen und Eltern wurde ausdrücklich gelobt.

Das Fazit war unter dem Strich positiv: „...relativ gelungen, das große Chaos ist ausgeblieben“.

Heftig kritisiert wurde Stadtrat Wegner ob der schlechten Umsetzung der erforderlichen Baumaßnahmen - letzter Platz im Vergleich der Bezirke. Dieser machte wesentlich das „Bauen im Bestand“ verantwortlich. Alle Verzögerungen erklären konnte er freilich nicht. So wurde aus allen Fraktionen, mit Ausnahme der CDU, bemängelt, dass die Bauverwaltung wohl nicht gut vorbereitet gewesen sei, Reinickendorf hätte sich blamiert.

Unbestritten war aber die „Sinnhaftigkeit der Maßnahmen“. Das Grundproblem deutscher Bildungspolitik, dass noch immer die soziale Stellung der Eltern den Bildungserfolg der Kinder bestimmt, wurde allerdings nur von Renate Herranen (WASG) erwähnt. Alle Reformen würden zur Makulatur, würde das nicht nachhaltig verändert.

H.J.



Foto: M. Lubina

Vom rot-grünen Regen in die schwarz-gelbe Traufe?

Reinickendorfer Direktkandidaten im Schlagabtausch

Der erste wahlkämpferische Schlagabtausch von Reinickendorfer Direktkandidaten für den nächsten Bundestag (22.8. in den „Seeterassen“, Einlader: „Blickpunkt Tegel“, „Reinickendorf aktuell“ und „Kunst und Kultur Tegel e.V.“) bot keine Überraschungen.

Detlef Dzembritzki (SPD), bisheriger Platzhalter, möchte Agenda 2010 und Hartz IV - sprich: den Sozialabbau - fortsetzen, weil Rot-Grün „nicht alles geschafft“ habe. Frank Steffel, CDU-Lokalmatador und Unternehmer, drängt es erneut zu Höherem, denn er will Deutschland nicht „rot-roten Ideologen, Lehrern und Gewerkschaftsfunktionären überlassen“. Als alternativlose „Antwort derer, die es gut meinen mit Deutschland“, bietet er eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und des Renteneintrittsalters an - sprich: noch mehr und stärkere Belastungen für den „kleinen Mann“. Mieke

Senftleben, FDP-Bildungspolitikerin auf Landesebene, verfängt sich im Steuerdickicht - eine Mehrwertsteuererhöhung sei Gift, aber vielleicht 2008/09 doch - man will ja mitregieren. Oliver Schruoffeneger, einst Vorzeige-Grüner unseres Bezirks, philosophiert über „Nachhaltigkeit in 20-30 Jahren“, als ob seine Partei keine Mitverantwortung für fünf Millionen Arbeitslose im Jahre 2005 habe. Alle vier jonglieren sie mehr oder weniger einfalllos mit Begriffen wie „Herausforderungen der Globalisierung“, „Konsequenzen der demografischen Entwicklung“, „Reformstau“ - Neoliberalismus pur. Dazu gehören die Seitenhiebe gegen die Linkspartei, für die Andreas Wehr, auch Reinickendorfer Urgewächs, in den Ring tritt. Als einziger nennt er die Dinge beim Namen: Schluss mit weiterer Umverteilung von unten nach oben!

Friedrich Wilhelm

BVV-Splitter

41. Sitzung, 17.8.2005

Drei Große und eine mündliche Anfrage zum Schuljahresbeginn 2005 in Reinickendorf wurden zusammengefasst, die die Stadträte Ewers (Schule) und Dr. Wegner (Bau) beantworteten. Ersterer behandelte die organisatorischen, der zweite die bautechnischen Fragen.

Zwei Dringlichkeitsanträge der Einzelverordneten Renate Herranen zur Änderung der Geschäftsordnung (Bürgersprechstunde) und das Ersuchen, die BürgerInnen über die neuen Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte zu informieren, wurden in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Stadtrat Dr. Wegner (CDU) beantwortete die Große Anfrage der CDU-Fraktion, wie das Bezirksamt (BA) die geplante Zusammenlegung der bezirklichen Bauämter beurteile. Er behauptete, ein diesbezügliches Gutachten wäre unseriös, es werde darin von falschen Zahlen und Voraussetzungen ausgegangen. Eine Zusammenlegung wäre wirtschafts- und sozialpolitisch unverantwortlich. Der ablehnenden Haltung schlossen sich die Fraktionen von CDU, SPD und B90/Grüne an.

Einstimmung angenommen wurde eine per Dringlichkeit eingebrachte Empfehlung, das BA möge sich beim Vorstand der GeSoBau und ggf. beim Senat dafür einsetzen, dass die zum 1.9.2005 vorgesehenen Mieterhöhungen im MV nicht erfolgen.

Mündliche Anfragen gab es zum Graffiti-Festival „Backjumps“, zum Stand der Zentralisierung der Bibliotheken und des Kartenverkaufs für die Serenade am See, zu den Aufgaben des neuen „Regionalbüros“ für Reinickendorfer Geschäftsleute und zum Übergang der Kita-MitarbeiterInnen zu freien Trägern.

Eine mündliche Anfrage der Einzelverordneten Herranen zur von Bezirksstadtrat Dr. Wegner angekündigten „Null-Toleranz-Politik“ gegenüber Suchtkranken auf öffentlichem Straßenland nahm der CDU-Politiker als offensichtlich willkommene Gelegenheit, sein Demokratieverständnis darzulegen. Mit den Worten „Ob das geltendes Recht ist oder nicht, interessiert mich nicht“ provozierte er sogar hier und dort beifälliges Schmunzeln. Einen hörbaren Widerspruch erfuhr diese Aussage in der Reinickendorfer BVV leider nicht!

H.J.

Die Politik könnte auch anders, wenn sie wollte und sich traute

Gespräch mit Wahlkreiskandidat Andreas Wehr, Die Linke.PDS

Die Linkspartei.PDS steht für eine neue soziale Idee. Das ist die Überschrift ihres Wahlprogramms. Worin soll diese neue soziale Idee bestehen?

Ich sage es mal so: Wirtschaftlicher Fortschritt sollte wieder mit sozialen Fortschritt einhergehen.

Das ist eigentlich eine alte sozialdemokratische Idee.

Aber eine, die seit seit zwanzig Jahren verschüttet ist. Die Kohl-Regierungen haben einen anderen Kurs gefahren, und die Regierung Schröder hat ihn auf die Höhen von Agenda 2010 und Hartz IV geführt. Im Ergebnis sind heute die großen Unternehmen finanzkräftiger, die großen Vermögen größer und die Arbeitslosigkeit höher denn je.

Wir haben nur geringes Wirtschaftswachstum; kann man da von wirtschaftlichem Fortschritt sprechen?

Wir haben ein gutes Wachstum der Produktivität. Die DAX-Unternehmen machen hohe Gewinne und verfügen über viel freies Kapital. Deutschland ist Exportweltmeister...
...aber am Binnenmarkt ist Flaute.

Unter anderem, weil die Arbeiter und Angestellten nicht am Produktivitätszuwachs beteiligt werden, weder beim Lohn noch bei der Arbeitszeit. Die Gewerkschaft Ver.di hat ein Gutachten vorgelegt, dass die Löhne und Gehälter etwa 17 Prozent höher sein müssten, wenn sie die letzten zwölf Jahre mit der Produktivität mitgewachsen wären. Dazu kommt, dass ein hoher Anteil der wirklich großen Einkommen nicht über Konsum oder materielle Investition in den Wirtschaftskreislauf zurück gelangt.

Kohl wurde abgewählt wegen etwa vier Millionen Arbeitslosen, Schröder wird es vielleicht wegen fünf Millionen. Jetzt versprechen sowohl CDU/FDP wie SPD/Grüne, sie wollen für mehr Arbeit sorgen. Kann man's glauben?

Steuern, Löhne und Sozialleistungen runter, Arbeitszeit rauf - das klappt nicht. Die Praxis von zwanzig Jahren hat widerlegt, dass so neue Arbeitsplätze entstehen.

Was könnte wirklich helfen?

Die Konjunktur folgt der Nachfrage, und Nachfrage setzt Kaufkraft

voraus, also gerechte Löhne und ausreichende soziale Sicherungen. Und wir müssen Geld beschaffen für die viele Arbeit, die gegenwärtig liegenbleibt oder nicht ordentlich gemacht wird. Wir brauchen ein Zukunftsinvestitionsprogramm, vor allem für Bildung und Erziehung, für Wissenschaft und Forschung, für Energieeinsparung und ökologischen Umbau.

Soviel Geld hat der Staat nicht. Soll er noch mehr Schulden machen?

Deutschland ist ein Lohn- und Verbrauchsteuerstaat und unterscheidet sich dadurch von vielen anderen. Gewinne und Vermögen müssen endlich gerecht beteiligt werden. Das könnten 60 Milliarden Euro mehr sein.

Da erklingt doch gleich das alte Lied vom scheuen Kapital, das ausreißt, wenn man es nicht ganz toll lieb hat.

Kapital bleibt da, wo gute Geschäfte zu machen sind. Und gerade die vielen Unternehmen, die Güter und Leistungen direkt für die Bevölkerung bereitstellen, brauchen steigende Kaufkraft.

Allerdings: zumindest in der EU sollte eine Bundesregierung auf die Angleichung von Sozial-, Steuer- und Umweltstandards setzen. Bisher bekennt sie sich zum Wettbewerb um die niedrigsten Standards. Aber Politik könnte auch anders, wenn sie wollte und wenn sie sich traute.

Welchen Wert hat eine starke linke Fraktion im Bundestag? Die Forderungen unseres Wahlprogramms werden dort kaum Verbündete finden.

Zumindest werden politische Alternativen eine kräftigere Stimme haben. Die Regierenden werden reagieren müssen, die SPD tut es in Details schon jetzt. Und eine starke linke Fraktion könnte für kritische Organisationen und Initiativen ein hilfreicher und aufmerksamer Ansprechpartner sein. Ich hoffe, sie wird in der neuen Aufstellung einen guten Teil ihrer Kraft an diese Kontakte wenden.

Zur sozialen Idee eine neue soziale Bewegung - das könnte Hoffnung machen. Danke für das Gespräch.

Die Fragen stellte Hans Schuster



Vision

Der nachdenkliche alte Mann der CDU, Heiner Geißler, warf kürzlich in der Berliner Zeitung seiner Partei vor, sie habe keine Vision für die Zukunft. "Die Menschen merken, dass sie einem Wirtschaftssystem ausgesetzt sind, das weder demokratisch kontrolliert wird noch in der Lage ist, den Wandel human zu gestalten. Sie sind empört und verzweifelt, dass die politischen, ökonomischen und journalistischen Eliten nicht in der Lage sind, ein Konzept zu entwickeln, dass diesen Globalisierungsprozess menschlich gestaltet."

Die CDU „könnte zum Beispiel das Konzept einer internationalen sozial-ökologischen Marktwirtschaft zur Wahl stellen. Das kann ein Land allein nicht realisieren, aber das Konzept muss da sein, für das man das auch international kämpfen kann.“

Schade, der kluge Heiner Geißler verlangt da von einem Ochsen, er solle Milch geben.

Sr.

Aus dem am 27. August vom Parteitag der Linkspartei.PDS verabschiedeten Wahlprogramm:

Statt Hartz IV reguläre Arbeitsplätze; in der Übergangszeit mindestens 420 Euro ALG II
Gesetzlicher Mindestlohn von 1 400 Euro brutto; Grundsicherung von mindestens 750 Euro für Alleinstehende
Spitzensteuersatz von 50 Prozent ab 60 000 Euro, Eingangssteuersatz 15 Prozent bei einem jährlichen Freibetrag von 12 000 Euro; Wegfall aller Abschreibungsmöglichkeiten außer Pendlerpauschale; Steuerfreiheit für Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge
Verminderte Mehrwertsteuer von 7 Prozent auf Medikamente und Handwerkerleistungen

Was „Ein-Euro-Jobs“ wirklich bedeuten

Am Rande Rummelplatz

Den „Rummelplatz des kleinen Mannes“ lässt Tucholski seinen „älteren, aber leicht besoffenen Herrn“ die Wahlen nennen. „Det sacht Ihn ein Mann, der det Lehm kennt! Jute Nacht!“ So endet jene bitter-ironische Geschichte. „Jibbs denn hier keene Demokraten?“ frahr ick eenen. „Mensch!“ sacht der. „Du lebst wohl uffn Mond? Die hat’s doch noch nie jejehm! Und nu jippe iebahaupt nich mehr!“

Machen Sie manchmal ´nen kleinen Spaziergang? Wie ist Ihnen denn, wenn auf Schritt und Tritt Politiker, meist sehr von oben herab, auf Sie gucken? Bisschen ungemütlich? Mancher Prominente hat das vielleicht geahnt und richtet seinen visionär-verklärten Blick lieber in unbestimmte Fernen. Sozusagen: auf den Sanktimmerleinstag.

Apropos Blicke! Da fällt mir der politisch verflorsene Dr. Kohl ein, genauer gesagt: sein treuherziger Augenaufschlag. Der galt vielen als Achtungszeichen für sofort zu aktivierende erhöhte Wachsamkeit. Und nun betrachten Sie mal Frau Merkel...

Und ihr Plakat-Gesicht: Angie, intelligent und freundlich! Ein Gesicht hat schließlich jeder, aber Profil?

Wahlkampfthemen für’s Wahlvolk: Arbeitslosigkeit, Steuern, Sicherheit, Renten... Das eine rauf, das andere runter, dieses mehr, jenes weniger, wir machen das, was machen die andern? Brutto oder netto? - man hat sein Handwerk gelernt. Doch, doch. Da möchte ich Sie was fragen: Können Sie mir vielleicht erklären, was Populismus ist?

Schon der ebenfalls verflorsene Rudolf Scharping wusste: „Das war nur eine Wahl in einer langen Reihe von Wahlen. Diese endete mit einer Niederlage. Aber weitere werden folgen.“

Werner Wüste

Termine

Infostände mit Andreas Wehr

- 6.9., 16 Uhr**, Märkisches Zentrum
- 9.9., 16 Uhr** „Kutschi“, vor Clou
- 13.9., 16 Uhr**, Zabel-Krüger-Damm, vor Reichelt
- 15.9., 16 Uhr**, vor Borsighallen
- 16.9., 16 Uhr**, Märkisches Zentrum
- 17.9., 10 Uhr**, „Kutschi“, vor Clou



Foto: M. Lubina

Ich freute mich, als ich das MAE- (Mehraufwandsentschädigungs-) Angebot des Job-Centers bekam. 1,50 Euro pro Stunde Arbeit, mit der Chance auf eine Ausbildung zur Krankenpflegehelferin. Was ich aber erlebte, ließ mich aber am System und am Nutzen der Maßnahme zweifeln.

bekommen, um wenigstens als zwar unterbezahlte, im Stress stehende Altenpflegehelferin etwas dazu verdienen zu können.

Oder Karin, eine ältere, wie ich übergewichtige Frau, die hier auch die einzige Möglichkeit sah, das Arbeitslosengeld II aufzustocken.

Wir alle lebten durch die 1-Euro-Jobs vom Prinzip Hoffnung, das von den Job-Centern bewusst gefördert wurde und wird.

Den finanziellen Reibach allerdings machen leider ganz andere: Die Job-Center, die die „MAEs“ aus der Statistik werfen können, und auch die Beschäftigungsgesellschaften, die durch ihre Vermittlungstätigkeit an den Arbeitslosen verdienen, und nicht zuletzt die Arbeitgeber, die, zumindest zum Teil, billige Arbeitskräfte haben.

Linda K.

Ich sollte gehbehinderte und blinde Menschen zum Arzt, zum Einkaufen oder beim Spaziergang begleiten. Schön ruhig, dachte ich. Zeit nehmen für den alten Menschen, dachte ich.

Was ich allerdings erlebte, war Hast, Termindruck, körperliche und seelische Belastung bis an meine Grenzen.

Aber nicht nur mir ging es so. Da war z. B. Judith (*), alleinerziehende Mutter, die sehr hoffte, auf diesem Weg eine Zusatzausbildung zu

* Alle Namen geändert

Impressum

Herausgegeben vom Bezirksvorstand der Linkspartei.PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden

sind ausdrücklich erwünscht: Die Linke.PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.
Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632
e-mail:
reinickendorf@linkspartei-berlin.de
internet:
www.pds-reinickendorf.de